

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

1.11.1865 (No. 258)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 1. November.

N. 258.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Amtlicher Theil.

### Dienstnachrichten.

Karlsruhe, den 31. Oktober.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliebung vom 28. d. M. gnädigst geruht, dem Hofrath Professor Dr. Häusser und dem Hofrath Professor Dr. Helmholz an der Universität Heidelberg den Charakter als Geheimer Rath III. Klasse, und dem Professor Dr. Kirchhoff an der gleichen Universität den Charakter als Hofrath zu verleihen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 31. Okt. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärt die Nachricht, daß die deutschen Großmächte einen Antrag über die Frankfurter Angelegenheit beim Bund einzubringen beabsichtigen, für verfrüht. Die Erwägungen zwischen beiden Kabinetten schweben noch.

† Darmstadt, 31. Okt. Der mittelstaatliche Antrag beim Bunde bezweckt die Einberufung der holsteinischen Stände, die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund, und die Uebernahme der Kriegskosten durch den Bund.

† Biarritz, 31. Okt. Wie man zuverlässig vernimmt, wird Graf Bis marck morgen abreisen.

### Deutschland.

Karlsruhe, 30. Okt. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin trafen heute Mittags, von Baden kommend, hier ein und wohnten den Sitzungen des Sophien-Frauenvereins, sowie des badischen Landesvereins, welche in der Wohnung der Vizepräsidentin, Frau v. Hardenberg, stattfanden, an.

Ihre kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm, welche mit Ihrem durchlauchtigsten Gemahl, Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm, bereits Vormittags herübergekommen waren, nahmen gleichfalls an jenen Versammlungen Theil.

Sämmtliche Herrschaften kehrten mit dem Abendzug wieder nach Baden zurück.

Stuttgart, 30. Okt. Die neuliche außerordentliche Ministerkonferenz hatte gestern Abend in Baden nach der Berathung der Frankfurter Angelegenheit zum Gegenstand, und es wird berichtet, es sei eine Verwahrung gegen solche Eingriffe in die Selbstständigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zwar in gemäßigtem, aber doch in entschiedenem Ton eingelegt worden.

Die Errichtung eines dritten Jägerbataillons, wodurch für jede der drei Infanteriebrigaden eines zugetheilt werden kann und wozu auf letztem Landtag die Mittel bewilligt wurden, ist nunmehr vorgenommen, indem aus sämmtlichen 8 Infanterieregimentern und den beiden schon bestanden Jägerbataillonen die Mannschaften für das 3. Bataillon ausgesucht wurden. Das Kommando und die Offiziere waren schon früher ernannt und ihnen der Sitz in Wiblingen angewiesen worden, wo seither das 2. Jägerbataillon in Garnison stand, das aber provisorisch in der Bun-

desfestung Ulm untergebracht wurde. Heute sind nun die aus den hiesigen und den Ludwigsburger Regimentern gezogenen Mannschaften nach Wiblingen abgegangen, und es wird das Bataillon sogleich in Wiblingen, das zweite aber so lange in Ulm verbleiben, bis die Kaserne für letzteres in Wiblingen gebaut ist.

Wiesbaden, 27. Okt. In der Zweiten Kammer stand gestern der von der Ersten am 19. d. M. abgelehnte, hier von Lang, Knapp und Bausch gleichmäßig gestellte Antrag:

Die Regierung zu ersuchen: I. die Verfassungsverordnung vom 25. Nov. 1851 nebst der dazu gehörigen Wahlordnung von demselben Tag zurückzuziehen; II. die rechtmäßige Verfassung vom 28. Dez. 1849 mit dem Wahlgesetz vom 5. April 1848 wieder in Anwendung zu setzen, und zwar mit folgenden Modifikationen: 1) daß die auf Grund der Verordnungen vom 25. Nov. 1851 und darauf hin ergangenen Gesetze vom Staat erwachsenen privatrechtlichen Verbindlichkeiten, insbesondere die Staatsschulden, sowie die von dem Landtag genehmigten Staatsverträge hiervon nicht berührt werden, und 2) daß die auf Grund dieser Verordnungen ergangenen Gesetze als provisorische in Kraft bleiben bis zu der allerbald vorzunehmenden verfassungsmäßigen Vorlage derselben bei dem legalen Landtage.

Bei der Abstimmung wurde der Majoritätsantrag gegen die vier konservativen Stimmen der Kammer angenommen und die Sitzung kurz vor 8 Uhr geschlossen. — In der heutigen öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer übergab die herzogliche Regierungskommission einen Gesetzentwurf über ein Anlehen von 3,200,000 fl. zur Deckung des Kostenaufwandes für den Staats-Eisenbahnbau.

Luxemburg, 27. Okt. Der Landtag ist gestern eröffnet worden. Nach der „Wochenzeitung“ für das Großherzogthum wird die Regierung der Volksvertretung namentlich die Abschaffung des auf ausländischen Blättern lastenden Zeitungsstempels vorschlagen. Sodann ersehen wir aus dem nämlichen Blatt, daß die Klerikalen einen allgemeinen Angriff auf die Stellung des dortigen Generaldirektors Bannerus begonnen haben, weil er es gewagt, einige der schreiendsten Mißbräuche im Primärunterricht abzuschießen.

Schleswig, 28. Okt. (A. Z.) Das in Folge der Eckenförder Vorgänge erlassene Reskript des preussischen Zivilkommissärs, Herrn v. Zedlitz, an die Oberbeamten lautet wie folgt:

Die Vorgänge, welche in und bei Eckenförde am 14. d. M. bei Gelegenheit der Durchreise des Prinzen Friedrich von Augustenburg stattgefunden haben und welche aus den nach den amtlichen Ermittlungen allerdings sehr entstellten und übertriebenen Mittheilungen in öffentlichen Blättern bekannt sind, geben Veranlassung, erneuert auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, welche für das Verhalten der Behörden und Beamten gegenüber solchen Kundgebungen allein maßgebend sein dürfen. Der durch den Wiener Frieden vom 30. Okt. 1864 an H. M. den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich abgetretene Besitz der Herzogthümer Schleswig und Holstein ist die Basis des jetzigen völkischen und staatsrechtlichen Verhältnisses der Herzogthümer. Sie gestattet nicht, daß neben den allerhöchsten Monarchen irgend Jemand, worauf immer die Ansprüche beruhen mögen, die er auf beide Herzogthümer oder Theile derselben erheben zu dürfen meint, wenn auch nur äußerlich und in Worten, Titel und Ehrenbezeichnungen annimmt, die nur dem Landesherren zugehen, und ferner jede Handlung, in welcher eine Anerkennung eines Dritten als rechtmäßigen

Landesherrn oder doch eine Ehrenbezeichnung liegt, die nur dem Landesherren gebührt, zu einem Versuch der Aufsehnung gegen den gesetzlichen Zustand des Landes. Daraus ergibt sich die Pflicht der zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung berufenen Beamten, gegen Alles, wodurch der Prinz Friedrich von Augustenburg oder irgend ein anderer Erbprätendent öffentlich als Landesherren bezeichnet und behandelt werden soll, oder worin überhaupt ein Versuch liegt, irgend eine andere landesherrliche Autorität als die der allerhöchsten Monarchen von Preußen und Oesterreich zur Geltung zu bringen, mit allen zu Gebot stehenden gesetzlichen Mitteln ausdrücklich einzuschreiten. Und dieses Einschreiten wird sich nicht bloß auf Personen zu beschränken haben, welche die Ovationen und Ehrenbezeichnungen darbieten, sondern auch auf diejenigen zu erstrecken sein, welche durch ihre Annahme sich eines Friedensbruchs, eines Zuwiderhandelns gegen die allein zu Recht bestehende Ordnung in gleichem Maße schuldig machen. Im ausdrücklichen Auftrag Sr. Excellenz des Herrn Gouverneurs habe ich die H. H. Oberbeamten zu ersuchen, hiernach schleunigst die Ihnen untergebenen bälkommenden Behörden und Beamten zu instruiren, und dabei ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß, wenn die Kräfte der Polizei nicht dazu hinreichen, die zur Erhaltung oder Herstellung der gesetzlichen Ordnung notwendigen Maßregeln durchzuführen, die Hilfe des Militärs requirirt werden muß. Sobald die Mitwirkung des Militärs auf die Requisition der Zivilbehörde an den Truppenbefehlshaber des Orts eintritt, wird letzterer, der die Art und den Umfang der militärischen Maßregeln allein zu beurtheilen hat, auch für die gesammten weiteren Anordnungen verantwortlich, und die Zivilbehörde hat denselben daher so lange Folge zu geben, bis nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung Militär- und Zivilbehörden in ihre gewöhnlichen Ressortverhältnisse zurücktreten. Ich habe hierbei die H. H. Oberbeamten ganz besonders und ergebenst darauf hinzuweisen, daß ihre amtliche Stellung als eine für den ganzen Zustand ihres Amtsbezirks insoweit verantwortliche aufgefaßt werden muß, als überhaupt Vorgesetzte für die Handlungen und Unterlassungen ihrer Untergebenen verantwortlich gemacht werden können, und daß es also vor Allem ihre Aufgabe sein wird, wenn sie von der Lässigkeit und Unzuverlässigkeit der ihnen untergebenen Lokalbeamten nicht vollständig überzeugt sind, behufs der erforderlichen Remedur ihre Bedenken einzureichen und ihre Anträge zu stellen. Schleswig, 18. Okt. 1865. Der königl. preussische Zivilkommissär für das Herzogthum Schleswig. Herr v. Zedlitz.

Schleswig, 29. Okt. Die offiziellen „Schleswig Nachr.“ bezweifeln die Berechtigung der „Kiel. Ztg.“ zur Dementirung des „Preussischen Staatsanzeigers“. Die Dementis des genannten Kieler Blattes seien häufig unzuverlässig gewesen; im vorliegenden Fall beweise die Zedlitz'sche Instruktion an die Polizeibeamten das Gegentheil der „Kiel. Ztg.“. Aus gleichem Grunde sei das Gerücht, der Erbprinz werde den schleswig'schen Distrikt Schwansen oder Angeln besuchen, als unzuverlässig anzusehen.

Berlin, 30. Okt. (Köln. Ztg.) Seit gestern verlautet in politischen Kreisen, Preußen und Oesterreich hätten sich über einen bei dem Bunde einzubringenden Antrag geeinigt, durch welchen Versammlungen des Nationalvereins für die Zukunft verboten werden sollen. Ob die Fassung schon festgestellt, ist noch nicht zuverlässig bekannt. — Die Antwort an den Frankfurter Senat soll konstatiren, durch die Erwiderung des Senats werde bestätigt, daß die dortige Regierung unter dem Einfluß von Elementen stehe, welche das Vorgehen der Großmächte veranlaßt hätten. Diese behielten sich demgemäß weitere Schritte vor. Nach näheren Erkund-

### \*Kg. Trouville.

(Schluß aus Nr. 256.)

Der Strand ist, wie schon bemerkt, mit seiner weiten und festen Sandesbedeckung vortheilhaft; das Baden, folglich, ist gut, besonders für Damen, aber auch eigen. Der Badegrund ist nämlich in drei „Quartiers“ gleich getheilt: das eine ist ausschließlich den Damen, befohrt oder nicht von beruflichen „Baigneurs“, vorbehalten; die nächste Abtheilung ist für Männer und Frauen gemischt; und die dritte nur für Männer. Die eigentliche Schranke zwischen den verschiedenen Quartiers bildet — ein Strich. Doch wird im „Quartier commun“ von den Männern verlangt, daß sie eine dem von den Damen getragenen Kostüm ähnliche Tracht anlegen, wobei nur die Arme und die Beine vom Knie abwärts bloß bleiben. In der Männer-Abtheilung wird ein einfacher „Galecon“ für genügend erachtet, wiewohl er freilich einem Bengali Dhoti (das vom Hindu um den Unterkörper gewickelte Stück Baumwolltuch) an Decenz nachsteht. Das Drolligste aber an der Geschichte ist, daß Damen zum Scheide-Strich herkommen und über ihn mit ihren kleidungslosen männlichen Bekannten plaudern, wobei die Konversation in ziemlich weniger als zwölf Zoll Wasser gepflogen wird. Ganz Wenige getrauen sich über den „Riesen-Bol“ hinein; doch ist das schöne Geschlecht auch das verwegenste, und verschwindet wohl mitunter bis zur Taille. Als Regel ziehen die Herren, den Herzmuscheln gleich, eine Mischung von Sand und Wasser vor, und legen sich in dem von der Ebbe zurückgelassenen Stauwasser hin, wo die Tiefe von drei Zoll bis zu ein Fuß wechselt. Eine besondere Gebühr zahlt man für eine „Cabane à flot“ das heißt, für das Herunterschaffen des Häuschens bis hart an's Wasser; doch begnügen sich die Weifen mit den Maschinen, die oben auf dem Trocknen stehen, und laufen, außer Alhem wie Paternenzänder, über die dazwischen befindliche, etwa hundert Schritte lange Strecke hin, vorbei an Gruppen bewundernder Zuschauer und Zuschauerinnen. Dieses, für

englische Begriffe verwunderliche, Thun trägt wenigstens eine gute Frucht: da die Füße, selbst wenn sie in Sahlsandshuhen stecken, im Zurücktreten von der See mit Sand bedeckt werden, so pflegt in jedes Hüschchen ein Fußfädel mit heißem Wasser gestellt zu werden, was denn überaus wohlthuend wirkt.

Man mag ein noch so guter Schwimmer sein — über eine gewisse bequeme Entfernung vom Ufer hinaus darf man nicht. Zwei Boote fahren beständig auf und ab, um jeden tollkühnen waghalsigen Geist vom Ueberstreiten seiner Tiefe abzuhalten; und 's ist vielleicht eben auch nicht zu tadeln, daß man Einem nicht erlaubt, zu ertrinken zum Schreden und Verdruß seiner Nebenmenschen. Eine Lieblingsunterhaltung jedoch bei Männern, die als tüchtige Schwimmer bekannt sind, ist — einen durch eine erhöhte Brücke oder Stütz verbundenen und mit einem Indianer-Ruder, mit einer Schaufel oben und unten, geruderten Doppelfaß zu miethen: in, oder vielmehr auf, solchen Canoes treiben denn die Herren in Galecons ihr Wesen, selbst im Damen-„Quartier“, indem sie nach allen Seiten hin, auf hohem Sie und mit Ausnahme des vorbeigangenen Kleidungsstücks, so nackt wie sie auf die Welt kamen, ein und aus paddeln.

Am Ostende des Trouviller Strands läuft eine Reihe niedriger, mit Muscheln und Anemonen — letztere in großer Mannigfaltigkeit — bedeckter Felsen. Billerville zu, einem winzigen, fünfviertelstündigen — der Straße oder den Felsen nach — entfernten Baderöthen kann man unter dem Seegetränk eine ganz wunderbar aussehende Anemone ablesen; diese Wollwase ist von der Größe eines englischen Kronensüßes und mit einer biden, lederartigen Haut überzogen; ihre Fühlfüßen bringt sie selten zum Vorschein, wohl aber treibt sie aus ihrer innern Bildung eine Art durchscheinender, schon mit dünnen Fasern gezeichneter, Blase hervor. Auch die Seezürke findet sich mitunter, doch selten, auf dem Trouviller Strand, und nur nach einer steifen Kälte aus einer gewissen Windgegend. Aus dem Ried und blauen Thon der Klippe oder den Trouviller Felsen, lassen sich zahllose Specimina von

Graphiten, Schmiten, Ammoniten und andern Fossilien in ausgezeichnete Vollkommenheit und Schönheit sammeln; doch war, mit Ausnahme eines einzigen Englischen Paars, nie eine Seele zu sehen, die sich mit diesen Dingen einer andern Zeit und eines andern Himmelsstrichs abgegeben oder bemüht hätte.

Die Umgegend Trouville's bietet eine Menge herrlicher Spaziergänge und Ausflüge zu Wagen und zu Fuß. Für einen englischen Badbesucher haben wohl die noch bedeutenden Reste des Schlosses Wilhelm's des Großen fast so viel Anziehendes als die Wahiatt von Waterloo für einen Touristen zu Brüssel. Auch der Forst von St. Gatrin ist ein einladender Ort für ein Picknick, während auf der Klippe hin eine Fahrt nach Honfleur und, gerade in der entgegengesetzten Richtung, nach Villers viel Angenehmes gewährt. Die blühende Hafenstadt Havre, mit ihrer hübschen See-Vorstadt Ste. Adresse, gibt gleichfalls auf ein Paar Tage reichliche Unterhaltung, und die Fahrt hinüber kann man täglich für eine Kleinigkeit, etwa 1/2 Franken, machen. Die Reise von Paris aus nach Trouville führt durch einen der fruchtbarsten Striche Frankreichs und wird in wenig mehr als vier Stunden zurückgelegt.

Man nheim, 30. Okt. Das hiesige Hoftheater trägt im recitirenden Theil seiner Aufgaben dem alten Wunsch nach Neuigkeiten in anerkennenswerther Weise Rechnung. Kaum war etwas über eine Woche verlossen, als Lindner's „Britus und Collatinus“ hier eine nicht bloß aufmunternde, sondern auch warm anerkennende Aufnahme fand, so folgte — freilich mit lächerlicher Ausnahme — von Puttitz „Um eine Krone“, eine dramatische Hervorbringung, der man gleichwohl Lebendigkeit und spannende Situation nicht absprechen kann. Freilich wird man über den Sittlichkeitsmaßstab des Pariser Baudreville und der Bouffes nicht hinausgehen dürfen, um ein ästhetisches Behagen an derselben zu empfinden. Heute wird uns das Lustspiel „Gegenüber“ von Benedix zum ersten Mal vorgeführt.

gungen soll die Einigung zwischen Preußen und Oesterreich in der Zuechtung des bundesmäßigen Weges bestehen. Ein bestimmter Antrag soll noch nicht formuliert sein, zumal eine Präsidialerklärung mit Berufung auf frühere Bundesbeschlüsse die Angelegenheit vielleicht erledigen könnte.

**Berlin, 30. Okt.** Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „In der Frankfurter Depeschenangelegenheit ist noch keine weitere Entwicklung eingetreten. Nach der ablehnenden Antwort des Frankfurter Senats, welche eine Nichtberücksichtigung der preußisch-oesterreichischen Vorstellungen erkennen läßt, werden natürlich die deutschen Großmächte sich über weitere Schritte zu verständigen haben, wie von Bundes wegen die Unabhängigkeit der Regierungen gegenüber den Beschlüssen politischer Vereine, die in Ausschüssen und leitenden Komitees konzentriert sind, zu wahren sei.“

**Berlin, 30. Okt.** Von Seiten der Direktion der Anhaltischen Eisenbahn wird bekannt gemacht, daß für Theilnehmer an der morgen in Wittenberg stattfindenden feierlichen Enthüllung des Melancthon-Denkmal als Tagesbillette zur Hin- und Rückfahrt zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden sollen. Se. Maj. der König wird morgen früh in Begleitung der hier anwesenden königl. Prinzen nach Wittenberg abreisen. Im Gefolge Sr. Maj. werden der Kultusminister v. Wähler, die Präsidenten des evangel. Oberkirchenraths und des Konsistoriums der Provinz Brandenburg sowie mehrere hochgestellte Ministerialbeamte sich zu der Denkmalsfeier begeben. — Seit mehreren Wochen gestalten sich die Gesundheitsverhältnisse Berlins sehr ungünstig. In Folge der vielfachen starken und plötzlichen Witterungswechsel sind besonders Grippeanfalle, Unterleibskrankheiten und Nervenleiden an der Tagesordnung. Auch zeigt sich eine wesentliche Vermehrung der Todesfälle. — Der Ministerialdirektor Delbrück ist von seiner vor mehreren Wochen nach Italien unternommenen Erkundungsreise in Berlin wieder angelangt.

**Berlin, 31. Okt. (B. T. B.)** Die „Spener-Ztg.“ enthält ein Telegramm aus Wien. Nach demselben will Oesterreich gegen den am Freitag in der Bundesversammlung von den Mittelstaaten einzubringenden Antrag auf Einberufung der holländischen Stände stimmen und die Ablehnung desselben gemeinschaftlich mit Preußen beantragen.

**Berlin, 31. Okt.** Man telegraphirt dem „Schw. Mer.“: In der nächsten Bundestags-Sitzung wird ein Antrag der Großmächte auf Verbot der Versammlungen des Nationalvereins gestellt werden.

**Wien, 29. Okt.** Die Frankfurter Angelegenheit betreffend, so ist freilich über die Art und Weise eines weitern Vorgehens für den Fall, daß der Frankfurter Senat die durch eine eventuelle Aufforderung, in Sachen der an ihn gelangten Reklamationen sich meritotisch und nicht bloß durch bundesrechtliche Ausführungen gegen die Kompetenz der Reklamierenden zu äußern, zu nochmaliger Erwägung ihm dargebotene Gelegenheit nicht benützen sollte, eine Vereinbarung zwischen Oesterreich und Preußen nicht getroffen worden; aber doch hat Oesterreich, wie wir hören, bereits die Gewißheit in Händen, daß die Angelegenheit auf keinem andern als auf dem bundesgesetzlichen Wege zum Austrag gebracht werden werde, dem einzigen Wege, den es seinerseits, wie es sofort bestimmt nach Berlin erklärte, zu betreten im Stande und Willens sei. Damit ist wenigstens jede Gefahr beseitigt, daß die Angelegenheit sich zu einem prinzipiellen und jedenfalls weit über die Frankfurter Lokalinteressen hinausreichenden Konflikt zu spitzen könnte.

**Wien, 30. Okt. (Kreuz-Ztg.)** Der bayrisch-sächsisch-bairische Antrag betreffs der Einberufung der holländischen Stände wird bestimmt in der Bundestags-Sitzung am nächsten Freitag eingebracht werden.

### Italien.

**Civita-Vecchia, 29. Okt.** Die Fregatten „Gomer“ und „Labrador“, welche damit beauftragt sind, die französischen Truppen nach Toulon zurückzubringen, sind hier angekommen.

### Frankreich.

**Paris, 29. Okt. (Köln. Ztg.)** Der Gegenstand der Be-

Das Zusammenspiel unseres in der jüngsten Zeit so vielfach rekrutierten darstellenden Personals kommt bald, als wir zu hoffen gewagt hätten, in einseitigen Guß, und schon jetzt sind Darstellungen, die überaus viele Kräfte in Bewegung setzen, wie der oben genannte „Brutus und Collatinus“, oder der jüngst über die Breiter gegangene „Kaufmann von Venedig“ so geläufig, daß auch strengere Anforderungen ihnen Anerkennung nicht verweigern kann.

— **Paris, 30. Okt.** Das erste Konzert am 28. d. und das zweite am 29. d., welches das hier weilende Musikkorps des 34. preußischen Infanterieregiments gab, hatten einen sehr großen Erfolg. Heute Nachmittag 2 Uhr spielten die preußischen Gäste in St. Cloud vor dem Kaiser und der Kaiserin und nahmen dann ein Diner ein, zu welchem sie der Oberst des 1. Garderegiments im Auftrag des kaiserl. Prinzen eingeladen hat. Das Diner selbst wird eine Art international-musikalischen Verbindungsfeier werden. Das Musikkorps des 1. franz. Garderegiments nimmt ebenfalls daran Theil, und zwar, auf höhern Wunsch, in der Weise, daß je ein Franzose neben einem Preußen zu sitzen kommt. Die Aufnahme, welche die preußischen Musiker hier finden, ist von Seiten des Publikums, wie von Seiten der Militärbehörden eine unbedingt freundschaftliche. — Zur Bewusstmachung von Bestornissen, welche an diese Kunsttreise in der Heimat geknüpft wurden, kann versichert werden, daß die Leute sich sehr wohl und munter in Paris fühlten und daß die Cholera in entschiedener Abnahme begriffen ist. Auch nicht der geringste Zug in der großen Physiognomie der Weltstadt verräth, daß dieses Uebel noch seine Opfer fordert. Die Leute werden, wie sich von selbst versteht, gut gepflegt und sind in 3 Gasthöfen, worunter das „Hotel Meyerbeer“, untergebracht. Mit den Pariser Deutschen sitzen sie höchst fortdal hinter den Schoppen zusammen.

rathungen des gestrigen Ministerconseils war Mexiko. Es kann dies in bestimmtester Weise angegeben und zugleich hinzugefügt werden, daß als Ergebnis der sehr lebhaften Debatte der Beschluß hingestellt wurde: „Einen Theil der in Mexiko stationirten Truppen so bald als möglich (le plutöt possible) nach Frankreich zurückzurufen.“ Der Kaiser wird mit dem seit aocompli dieses Beschlusses die Kammer eröffnen, und in den offiziellen Kreisen verspricht man sich ungemein viel von der Tragweite der Einwirkung dieser Nachricht auf den Gesetzgeb. Körper sowohl als auch auf das große Publikum. — Die Nachrichten aus Algier fangen an, sehr unangenehm zu werden. Freilich hört man, daß die Aufstandsversuche keinen eigentlich gefährlichen Charakter haben; aber man ist nicht im Stande, es sich länger zu verbergen, daß es zur Zeit in Algier an „Geld und Menschen“ fehlt.

**Paris, 30. Okt.** Dem Vernehmen nach werden J. J. M. der Kaiser und die Kaiserin zwischen dem 10. und 12. Nov. ihre Residenz St. Cloud verlassen, um sich nach Compiègne zu begeben. — Der „Pays“ widerlegt das von mehreren Blättern gebrachte Gerücht, daß der Erzbischof von Paris seit seinem letzten Besuch der Hospitaller krank sei. Die Gesundheit des Mgr. Darboy lasse nichts zu wünschen übrig. Denselben Blatt zufolge nimmt die Cholera mehr und mehr ab, und die Aerzte sind der Ansicht, daß sie ganz verschwunden sein wird, sobald die Seine wieder ihr normales Niveau erreicht hat, was bei den fast alle Tage reichlich fallenden Regen nicht mehr lange dauern dürfte. — Hr. v. Hübnert, der neue österreichische Gesandte in Rom, verläßt heute Paris, um sich auf seinen Posten zu begeben, nachdem er sich hier drei Tage aufgehalten hat. — Die „Liberté“ meldet, daß auf kaiserl. Befehl eine wissenschaftliche Mission damit beauftragt werden wird, Cambo dge zu durchforschen von der Quelle des Mekong bis nach Thibeth, wo dieser Fluß zu verschwinden scheint.

Die Mehrzahl der französischen Blätter zieht aus dem Rechtsgutachten der preußischen Kronsyn die den Schluß, daß, wenn Preußen und Oesterreich ihren Besitztitel bezüglich der Herzogthümer auf die Abtretung dieser Länder durch ihren rechtmäßigen Eigentümer begründen, ihr Krieg in Schleswig offenbar ein ungerechter gewesen sei. Die „Union“ fragt, warum man denn erst nach dem Wiener Vertrag und nach der Gasteiner Konvention zu dieser Einsicht gekommen sei. „Hätten wohl Oesterreich und Preußen die Feindseligkeiten gegen Dänemark eröffnet, wenn schon vor dem Krieg diese Anschauung zur Geltung gekommen wäre. Das ist sehr zu bezweifeln, und eben so sehr muß man bezweifeln, ob das öffentliche Gewissen, ohne eine energische Protestation, diese Unterdrückung des Schwachen durch den Starken hätte vor sich gehen lassen.“ — Rente 68.20, Cred. mob. 899, Dstb. 533.75, italienische Anleihe 65.45.

**Paris, 30. Okt. (Sch. M.)** Der Minister des Innern hat in Begleitung des Seinepräsidenten und des Polizeipräsidenten gestern das Hotel Dieu und das Hospital Beaujon besucht und im Auftrag des Kaisers in den Cholerafällen selbst das Kreuz der Ehrenlegion zwei Aufsteiger erteilt.

### Niederlande.

**Amsterdam, 30. Okt. (Sch. M.)** Die Bank von Holland hat ihren Disconto auf 4 1/2 Proz. erhöht.

### Schweden und Norwegen.

Die Thronrede, mit welcher der schwedische Reichstag am 24. Oktober eröffnet worden ist, liegt uns jetzt im Wortlaut vor. Dem gestern gegebenen Auszug tragen wir nun noch einige Einzelheiten nach. In Betreff des Reichstags-Reform-Entwurfes bemerkte der König:

Von einer noch zu Recht bestehenden Vertretung fordern, daß sie freiwillig und gern entschlossen auf ihre Rechte verzichten möge, um Andern die glorievolle Aufgabe der Landesvertretung zu überlassen, setzt ein großes Vertrauen in ihrer Vaterlandsliebe voraus. Ich habe eine große Idee von der Vaterlandsliebe, die Sie Alle befeuert, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß Sie das Reformgesetz gutheißen werden, in dessen Annahme ich eine neue Bürgschaft für den sozialen Fortschritt erblicken werde.

In der zweiten Hälfte der Thronrede heißt es dann: Troß bedeutender Herabsetzungen im Zolltarif und obgleich die Fortschritte, welche das Land in jeder Hinsicht gemacht hat, neue Kreditbewilligungen erheischen, werden Sie sich doch bei der Prüfung der Staatseinkommen-Berechnung überzeugen, daß die Mittel reichlich vorhanden sind, die notwendigen Ausgaben zu decken.

Ich habe zur Organisation der Armee und der Flotte vollständige Pläne ausarbeiten lassen. Derselben sind nach Maßgabe unserer Mittel und der Forderungen, welche die heutige Zeit stellt, veranschlagt worden, und ich habe sie in ihren Haupttheilen genehmigt. Ihre Mitwirkung, sowie die mit der Annahme dieser Pläne verbundenen Kreditbewilligungen sind zur Ausführung unerlässlich.

Auf die von den Ständen aufgestellten Gesichtspunkte gestützt, habe ich der Industrie eine fast unbegrenzte Freiheit bewilligt. Der wohlthätige Einfluß, den dieselbe in Zukunft ausüben wird, kann um so sicherer vorausgesetzt werden, als ihre Einführung von keiner plötzlichen Erschütterung der bestehenden Verhältnisse begleitet gewesen ist. Ebenso haben liberale Grundzüge auch in anderen Hinsichten allgemeiner Anwendung gefunden, wie z. B. in der Pargellirung des Grundbesitzes, im Geldverkehr und in der Errichtung von Kreditanstalten.

Unsere Eisenbahnen haben eine Ausdehnung gewonnen, welche in Betracht der Bevölkerung und der Finanzquellen Schwedens wohl mit dem in Vergleich gestellt werden kann, was in reicheren und stärker bevölkerten Ländern in dieser Hinsicht geschehen ist. Nachdem die beiden Meere mit einander in Verbindung gesetzt und wir dem europäischen Kontinent näher getreten sind, halte ich es für zweckmäßig, unsere Kräfte auf die Vollendung der Eisenbahnen zu konzentriren, welche die Hauptstädte beider vereinigten Königreiche mit einander zu verbinden und so die Bevölkerung noch näher aneinanderzuschließen bestimmt sind.

### Großbritannien.

**London, 30. Okt.** Die Königin ist hier angekommen, hat gestern den Earl Russell empfangen, und die Genehmigung zur Bildung eines Kabinetts unter seinem Vorstiz erteilt.

Der Earl von Clarendon übernimmt das Auswärtige; sonst findet kaum ein Personenwechsel im Ministerium Statt.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen haben die Königin besucht. Ihre königl. Hoheiten wohnen im preussischen Gesandtschaftshotel und werden übermorgen nach Windsor über, wo sie bis Ende November verweilen werden.

### Amerika.

**Southampton, 29. Okt.** Die vom Dampfschiff „La Seine“ überbrachten Nachrichten erwähnen des in Panama verbreiteten Gerüchtes, daß der kolumbische Staat Antioquia in den andern kolumbischen Staat Cauca eingeleitet sei, als Repressalie der Invasion des Gebietes von Panama, welche im vergangenen Monat August von Cauca zugegeben wurde. Es ist wahrscheinlich, daß Cauca erobert werden wird.

**Mexiko, 27. Aug. (Sch. M.)** Der „Moniteur“ meldet: Nach dem Einzug der Franzosen in Chihuahua hat Juárez seine Truppen verabschiedet, ist bei el-Paso del Norte über die Grenze zwischen Mexiko und den Verein. Staaten gegangen, und hat den Weg nach Santa Fe (im Staat Neumexiko) eingeschlagen. Diese Nachricht hat große Sensation hervorgerufen.

### Generalversammlung des Nationalvereins.

(Nachmittags-Sitzung. Schluß.)

Präsident v. Bennigsen macht hierauf Anzeige von den eingelaufenen Anträgen und fordert die Antragsteller auf, sich zum Wort zu melden. Weder von den oldenburgischen, noch von den braunschweigischen, noch den dresdener Antragstellern geschieht dies. Die Anträge sind somit zurückgezogen. Karl Welcker aus Heidelberg stellt folgenden Antrag:

In der jetzigen Lage der schleswig-holsteinischen und der eng mit ihr verflochtenen allgemeinen deutschen Sache hält es der Nationalverein für Pflicht:

1) Lauten Widerspruch einzulegen gegen die verwerflichen, höchst gefährlichen Grundzüge, welche man jetzt geltend machen will, und zugleich die jetzt notwendigen nachdrücklichen Mittel zu einer möglichst allgemeinen deutschen Einigung auf der Grundlage unseres Reichsoberverfassungsrechts zu empfehlen.

Er verzichtet jedoch auf eine Diskussion, da seinem Antrag schon in den Resolutionen des Ausschusses Rechnung getragen sei. Ein von Neergardt aus Holstein eingebrachter Antrag bleibt ebenfalls ohne Begründung und kommt deshalb nicht zur Diskussion. Bürger aus Köln stellt folgenden Antrag:

In Erwägung: daß die preussische Regierung durch ihre innere wie durch ihre deutsche Politik den nationalen Beruf Preußens verkennt und demselben zuwider handelt, erklärt der Nationalverein:

1) Es ist gegen das Interesse Deutschlands, der preussischen Regierung irgendwelche Befugnisse einer deutschen Zentralgewalt auch nur vorläufig und in beschränktem Umfang zuzugestehen.

2) Die nationale Partei hat die antinationalen Bestrebungen Preußens und Oesterreichs unbedingt zu bekämpfen, und es ist namentlich die Pflicht des preussischen Abgeordnetenhauses, die Opposition, welche es gegen die innere Reaktion erheben hat, auch auf dem Gebiet der deutschen Politik Preußens zu betätigen.

3) Die nationale Partei hat ihre Kraft dahin zu richten, daß die partikularistischen Tendenzen sämtlicher deutschen Regierungen, welche der Reform der deutschen Bundesverfassung entgegenstehen, beseitigt werden;

4) ihre Aufgabe bleibt, auf die Einberufung eines deutschen Parlaments hinzuwirken, welches die volle Macht habe, Deutschland eine den Bedürfnissen der Nation entsprechende Verfassung zu geben.

Der Antrag findet genügende Unterstützung. Bürger: Es komme ihm vor Allem darauf an, den Zweck festzustellen, welchen die heutige Versammlung im Auge habe. Jüngst habe hier der deutsche Abgeordnetentag getagt, und der überwiegend größere Theil der liberalen preussischen Abgeordneten habe sich von demselben fern gehalten. Dann habe in Berlin eine Versammlung der dortigen Nationalvereins-Mitglieder stattgefunden, welche bestimmte Resolutionen aufgestellt habe. Wie die heutige Versammlung sich zu diesen Resolutionen stellen wolle, darauf komme es an. Wenn die theoretische Formulierung der von Schleswig-Holstein im Interesse Deutschlands zu bringenden Opfer so ausgelegt werden solle, daß diese Opfer dem heutigen Preußen, der heutigen Regierung dieses Staates zu bringen seien, so protestire er dagegen aus allen Kräften. (Bravo.) Mit den „Wenn, Wenn, Wenn“, welche der Ausschuss seinen Resolutionsanträgen anhängt, sei es hier nicht gethan. Man möge es sich nur klar machen, ob die Schleswig-Holsteiner dem heutigen Regiment, das alle ihre Rechte mit Füßen trete, in die Arme werfen könnten. Der Theil der Presse, welcher gegenwärtig unter dem Aushängeschild der deutschen Einheit und Zentralgewalt nur dem Ministerium Bismarck in die Hände arbeite, diene nicht der Freiheit; es sei Pflicht jedes Patrioten, vor diesen Preberzeugnissen zu warnen. Könne man die Thatsache läugnen, daß die gegenwärtige preussische Regierung den entschiedensten Widerwillen zeige, einen deutschen Bundesstaat auf freieschlichter Grundlage herzustellen? Gewiß nicht. Somit sei es gegen das Interesse Deutschlands, die dieser Regierung Rechte einzuräumen, die nur die dreieinige Zentralgewalt ausüben könne. Nicht das preussische Abgeordnetenhause, nicht Hr. v. Bismarck, nicht der Nationalverein habe über die staatliche Konstituierung Schleswig-Holsteins zu entscheiden, sie habe vielmehr zu geschehen nach dem bestehenden Rechte, voll und bedingungslos. (Bravo.) Was die am 26. März d. J. in Berlin gemachten Zugeständnisse betreffe, so seien dieselben durch die späteren Ereignisse überholt; sie seien von der einen Seite nicht mehr anzubieten, von der andern würden sie nicht mehr angenommen werden. Wenn also der Nationalverein jenen Kompromiß zur Grundlage seiner Beschlüsse mache, so stehen diese in der Luft, sie seien ein Anachronismus. (Stimmen sehr wahr!) Der Nationalverein könne jetzt, wolle er seine Aufgabe erfüllen, nur in freieschlichter Sinne wirken. (Bravo.) Bennigsen's Antrag, der vom Nationalverein die Niederlegung eines Rechtschutzes-Ausschusses und eines Volkswehr-

Ausschusses verlangt, fand nicht die nötige Unterstützung, um zur Abstimmung zu gelangen.

Obwe-Calbe aus Berlin (mit lebhaftem Beifall empfangen) begrüßt es mit Genugthuung, daß gerade ein Preuße (Dr. Bürger) heute gegen die Berliner Resolutionen aufgetreten sei. Damit sei die landläufige Meinung widerlegt, daß es in Preußen nur Annerionisten und Machtpolitiker gebe. Zur Sache selbst komme es darauf an, zu wissen, ob der Nationalverein ein lange als richtig erkanntes Ziel nur deshalb aufgeben solle, weil es vermeintlich einer unpopulären Regierung einen Nutzen bringen könne. Nur in den Mitteln, welche in dem preussischen Staat vereinigt seien, könnten die unumgänglichen Bedingungen zur Herstellung der deutschen Einheit gefunden werden; verkenne man dies und rede man stets von einem Parlament, das nur in der Idee schwebt, so seien alle Verhandlungen überflüssig; man schmelze hölzernes Eisen. Ehe ein deutsches Parlament berufen, ehe es zum Nutzen Deutschlands wirken könne, müßten die deutschen Machtverhältnisse geändert werden. Es würde eine durchaus verwerfliche Taktik für die preussische Demokratie sein, dem preussischen Staat die Berechtigung abzuspochen, von den Schleswig-Holsteinern die im Interesse Deutschlands liegenden Opfer zu fordern, lediglich weil im Augenblick ein Ministerium Bismarck am Ruder sei. Es sei ein Widerstreit, von Preußen allein die Herstellung einer deutschen Marine zu fordern; hierzu müsse das ganze deutsche Volk, vor Allem aber jetzt Schleswig-Holstein beitragen. Die Militärlast, welche Preußen jetzt zu tragen habe, sei zu groß für diesen Staat, aber sie sei notwendig für Deutschland. Lange genug habe das preussische Volk diese Last allein getragen; solle es die jetzt sich darbietende Gelegenheit, einen Theil dieser Last auf andere Schultern zu übertragen, sich rauben lassen? Dagegen protestire er als Preuße, wie als Anhänger des deutschen Bundesstaates. Neben dem jetzigen Programm des Nationalvereins gebe es nur noch ein anderes Programm, das revolutionäre. Die ganze Nation aber habe erklärt, daß sie gegenwärtig nicht die Revolution wolle. Somit bleibe dem Nationalverein nur übrig, an seinem bisherigen Programm festzuhalten, um aus der Unfähigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, für die großen nationalen Ziele zu wirken, den möglichsten Vortheil zu ziehen.

Jessen aus Altona: Wohl seien die Schleswig-Holsteiner bereit, die im Interesse Deutschlands liegenden Opfer zu bringen; aber die jetzige preussische Regierung sei nicht dazu angethan, Das zu fordern, was Schleswig-Holstein nur an Deutschland abtreten könne. Nur bezüglich der Marine könne man ihr diese Berechtigung zugestehen, und aus diesem Gedanken sei das Berliner Kompromiß hervorgegangen, an dem die Schleswig-Holsteiner auch jetzt noch festhalten.

Schulze-Delitzsch (mit Beifall empfangen) empfiehlt den Ausschußantrag. In dem Antrag des Hrn. Bürger liege eine Aenderung des bisherigen Programms des Nationalvereins. Ob dies in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die Ohnmacht und Kläglichkeit der mittel- und kleinstaatlichen Zustände mehr als je hervortreten, rathsam sei, sei eine Frage, die wohl kaum einer Beantwortung bedürfe. Freiheit ohne Macht, Parlament ohne Zentralgewalt sei ein politisches Unding. Die Gesetze der Natur, die Gesetze der Schwere seien auch in politischen Angelegenheiten entscheidend. Wollte man die bestehenden Machtverhältnisse ignoriren, so werde man nie Etwas erreichen. Preußen sei der einzige Staat, welcher die Bedingungen der deutschen Einheit in sich trage, somit könne man diesen Staat nicht bei Seite schieben. Die jetzigen politischen Kämpfe hätten ihren hohen Nutzen, das Volk werde dadurch der politischen Reife zugeführt. So lange dieses Volk im Kampf gegen das jetzige System, gegen die jetzige Regierung stehe, könne man ihm seinen nationalen Beruf nicht absprechen. Alles, was je in Preußen zur Erweiterung der Volksfreiheit, Alles, was zur größern Machtstellung Preußens geschehen, sei jedesmal zum Nutz und Frommen ganz Deutschlands geschehen. — Man solle sich doch nur an die bestehenden Zustände halten. Programme machen keine Revolution, sondern die Revolution macht die Programme. Resolutionen, welche die bestehenden realen Verhältnisse aus den Augen lassen, würden die Auflösung des Nationalvereins zur Folge haben. Auf die Schleswig-Holsteinische Frage übergehend, betont Redner, daß Preußen schon vermöge seiner geographischen Lage allein der Staat sei, welcher die Nordmarken schützen, eine deutsche Flotte gründen könne. Deshalb sei es widersinnig, die Konstituierung eines ganz selbständigen Staats Schleswig-Holstein zu fordern; nichts würde mehr das Ministerium Bismarck stärken und die preussische Fortschrittspartei unmöglich machen, als wenn sie solchen Bestrebungen sich anschloße und die Interessen ihres Staats opfern würde. Redner betont dann die schwierige Stellung, welche das preussische Abgeordnetenhaus in der Schleswig-Holsteinischen Frage gehabt, wie es dieselbe nach besten Kräften zu lösen versucht habe, und empfiehlt warm die Annahme der Ausschußanträge.

Dr. Braunfels (Frankfurt) für den Antrag des Hrn. Bürger. Die Anträge des Ausschusses seien offenbar voll widersprüchlich, sie zeigten, daß man verschiedenen unvereinbaren Ansichten habe Rechnung tragen wollen. Im ersten Theil des Ausschußantrags werde Anfangs die Uebertragung der Zentralgewalt an Preußen verlangt, und nachher dennoch die Entscheidung hierüber dem Parlament vorbehalten. Im zweiten Theil werde zuerst den Schleswig-Holsteinern die Selbstbestimmung als ein Recht zugesprochen, und sodann militärische und maritime Unterordnung unter Preußen gefordert. Wenn von der Kläglichkeit der Zustände in den Kleinstaaten gesprochen werde, so scheine man nicht an die Kläglichkeit der großstaatlichen Zustände gedacht zu haben. (Wiesfacher Beifall.) Diese Zustände seien wahrlich noch viel schlimmer, als die der Mittel- und Kleinstaaten, und doch fasse man Resolutionen, die, wenn sie überhaupt etwas nützen, nur der Annerion Vortheil leisten könnten. Werde einst ein Krieg oder eine große nationale Bewegung die jetzigen Zustände ändern, so würden die Programme, die man jetzt hier schafft, in Winde zerfliegen; unterstütze man jetzt durch diese-

ben in Wahrheit das Ministerium Bismarck, und glaube „Realpolitik“ zu treiben. Er befreite überhaupt, daß Preußen — der Militärstaat — den Beruf habe, an die Spitze eines freiheitlich geeinigten Deutschlands zu treten. Redner schließt unter anhaltendem stürmischem Beifall der Versammlung mit den Worten: „Die Freiheit Deutschlands will ich, aber Ihr Programm ist ein Unding! Deutschland allein, Deutschlands Macht und Freiheit!“

Arnold aus Vorgau schied voraus, daß er wegen seiner Thätigkeit im Nationalverein von seinem Amt als Lehrer abgesetzt sei, und empfiehlt dann, daß der Nationalverein an seinem ursprünglichen Programm, also der preussischen Führung, festhalte.

Bürger aus Köln will dem etwaigen Irrthum begegnen, daß er ein revolutionäres Programm habe aufstellen wollen. Sein Antrag stimme im Wesentlichen mit dem vorjährigen Beschluß des Nationalvereins überein, welcher die Frage, wie die künftige Konstituierung Deutschlands zu geschehen habe, dem deutschen Parlament vorbehalte. Das preussische Abgeordnetenhaus habe einen schweren Fehler damit begangen, daß es zu der Schleswig-Holsteinischen Frage keine bestimmte Stellung eingenommen habe; es hätte sich dagegen verwahren sollen, daß für preussisches Blut nur Schleswig-Holsteinisches Land und Schleswig-Holsteinisches Geld eingetauscht werde. (Bravo!)

Venedey für den Antrag Bürger's: Der Standpunkt, welchen der Ausschuß einnehme, werde deshalb von ihm bekämpft, weil die deutsche Nation dabei glauben müsse, daß der Nationalverein sich zum Schleppthrone Bismarck's mache.

Dunker (Berlin): Die Anträge, welche sich gegen die Beschlüsse des Ausschusses wenden, seien an der widersinnigen Voraussetzung, daß man Preußen aus Deutschland entfernen könne. Wenn ein Krieg über Deutschland hereinbricht, wird man besser die Nothwendigkeit Preußens erkennen; nur Preußen kann Deutschlands Schicksal lenken. (Oh! Oh!) Die Meinung, daß man mit der Anerkennung der nationalen Aufgabe Preußens das jetzige Regiment unterstütze, ist falsch; auch die Reaktion hat die Erfahrung gemacht, daß sie nicht zugleich national und freiheitsfeindlich sein kann. Entschlage sich die Fortschrittspartei der Aufgabe, Preußens historischen Beruf zur Anerkennung zu bringen, so mache sie sich unmöglich. Redner hebt dann hervor, daß es nicht seine Schuld sei, wenn das preussische Abgeordnetenhaus keine bestimmte Stellung zur Schleswig-Holsteinischen Frage angenommen habe; von ihm und seinen Freunden seien entsprechende Anträge gestellt worden. Wenn man von Konzeptionen an Preußen spreche, so seien dies nicht Konzeptionen an den König von Preußen, an Bismarck und sein Regiment, sondern an den Staat Preußen, der den Beruf habe, die Einheit und Macht Deutschlands zu begründen.

Brater aus München empfiehlt die Ausschußanträge in längerer Rede, die seine neuen Gesichtspunkte bietet.

Mez als Berichterstatter ergreift zum Schluß der Diskussion das Wort. Er vertheilt die Ausschußanträge gegen die ihnen untergeschobenen Tendenzen; schon die große Verschiedenheit der eingelaufenen Anträge, die zum Theil die extremsten Richtungen betreffen, zeige, daß hier auf andern Seiten Leidenschaft und sogar Erbitterung herrsche, zwischen denen der Ausschuß habe vermitteln müssen. Gegen die Aeußerungen des Dr. Braunfels, welcher zwar die Einheit und Freiheit Deutschlands, aber nicht unter Preußen will, bemerkt Mez, daß auch Hr. v. Bunt auf Sängersfesten die Einheit und Freiheit Deutschlands proklamirt habe; auch der Reformverein schreibe dieses auf seine Fahne, und Hr. v. Dalwig wie Hr. v. Barnbüler hätten jene Worte oft im Mund geführt; aber glaube man wohl, daß diese Herren „Realpolitik“ trieben? Sei etwa Mecklenburg, sei das Welfenreich geeignet, die Führung Deutschlands in Norden zu übernehmen? Die Ausschußanträge schlossen jeden Gedanken der Annerion Schleswig-Holsteins aus, aber sie trügen den wirklichen Verhältnissen Rechnung. Man solle doch nicht um ein oder des andern Säkchens um der Resolutionen willen die Organisation des Nationalvereins zu zerstören trachten. Redner schließt mit den Worten: „Erhalten Sie den Nationalverein und Sie tragen ein gutes Theil bei zur Einigung und Freiheit der Nation!“

Bürger wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die in den letzteren Worten des Vorredners liegende Verdächtigung, daß er und Andere den Nationalverein zu zerstören trachten. Mez erklärt, daß es ihm fern gelegen habe, Hrn. Bürger's beleidigen zu wollen.

Der Präsident Hr. v. Bennigsen bringt hierauf den Bürger'schen Antrag zur Abstimmung; derselbe wird mit überwiegender Majorität abgelehnt. Ueber die Ausschußanträge Nr. 1 und 2 fand getrennte Abstimmung statt. Beide wurden mit großer Majorität angenommen. Die Sitzung wird hierauf bis 5 1/2 Uhr ausgesetzt.

Frankfurt, 30. Okt. Bezüglich der gestrigen Abend-sitzung bemerken wir vorläufig Folgendes. Es wurden die Ausschußanträge, betreffend die Wehrfrage und den Rostocker Prozeß, angenommen. Der Ausschußantrag wegen Verwendung der Flottenfonds-Zinsen (7000 fl. den Rettungsvereinen, den Restbetrag zur Erweiterung der Lokalitäten und Verstärkung des Lehrpersonals der Seemannsschule in Hamburg zu überweisen) wurde von der Versammlung dahin abgeändert, 3500 fl. dem Submarine-Ingenieur Bauer, 3500 fl. den Rettungsvereinen für Schiffbrüche an deutschen Küsten zu bewilligen, den Restbetrag von 4363 fl. dem Ausschußantrage gemäß der Hamburger Seemannsschule zu überweisen.

Frankfurt, 30. Okt. (Fr. 3.) Die in der gestrigen Generalversammlung des Nationalvereins vorgenommene Ausschußwahl fiel auf die Herren v. Bennigsen und Dr. Mez mit je 208, Dr. Lang von Wiesbaden mit 207, Fries von Weimar mit 206, Dr. Sigmund Müller von hier mit 201, Schulze-Delitzsch mit 153, Dr. Brater von Erlangen, Ewe-Calbe, Wiggers von Nendeburg mit je 151, v. Kochau aus Heidelberg mit 148, Meißner aus Donauwörth mit 142, v. Unruh aus Berlin mit 135 Stimmen etc. Der Ausschuß hielt gestern Abend nach Schluß der Generalversammlung alsbald eine konstituierende

Sitzung, in welcher derselbe dem Vernehmen nach den Vorstand wieder wie früher gewählt und sich einstweilen durch Kooptirung folgender auch seither meist schon dem Ausschuß angehöriger Mitglieder versah: Breytorius, Jessen, Nagel, Lining, F. Dunder, Setto, Jungermann.

Der Ausschuß des Nationalvereins hat in seiner heutigen Sitzung ferner noch kooptirt die H. v. Goverbeck, Dr. Joh. Jacoby (Königsberg), Lorenz (Leipzig), Friedrich Deiker, Dr. Pfäfers (Konstanz), Dr. Kläber (Koburg), Claffen-Kappellmann und Obste (Hamburg). Letzterer hat jedoch mit Rücksicht auf Ueberhäufung mit Geschäften die Beiwahl nicht angenommen. Ferner hat Schulze-Delitzsch aus gleichen Gründen erklärt, seine Wahl in den Vorstand nicht annehmen zu können, und ist an seiner Statt Dr. Otto Lining gewählt worden, so daß der Vorstand demalen aus folgenden acht Mitgliedern besteht: v. Bennigsen, Fries, Nagel, v. Kochau, S. Müller, Mez, Lang, Lining.

### Baden.

Mannheim, 30. Okt. Morgen wird die Rheinschiffahrt als wiedereröffnet anzusehen sein. Frachten vom Niederrhein sind schon angekündigt, die Düsseldorf-Köln-Dammschiffahrt wird in kleinen Moseldampfern die Strecke befahren, die durch den niederen Wasserstand am meisten leidet.

Die hiesige ärztliche Gesellschaft hat eine gemeinschaftliche Denkschrift an die Behörden eingebracht, in welcher sie für sorgfältige Maßregeln gegen die Cholera begehrt, u. A. Verbot des Schlachtens in den Häusern, Desinfizierung der Kloaken, öftere Straßenreinigung und eine Wasserleitung bezugs einer gründlichen Reinigung der Rinnen und Kanäle, vor Allem aber gründliche Verbesserung des sog. Stadtgrabens und Schutz gegen seine Ausdünstungen. Es wird nun wohl nicht Alles auf einmal in Angriff genommen werden können, allein es ist schon beschlossen und wird bald zur Ausführung kommen.

Mannheim, 30. Okt. (Mannh. Anz.) Bei der heute stattgehabten Wahl der Grundherren unterhalb der Murg zur Ersten Kammer wurden erwählt die Hrn. Max v. Helmstadt, Aug. v. Obler, und Aug. v. Semmigen.

Lahr, 28. Okt. (Frhr. Btg.) Der heutige Tag war für unsere Stadt ein Freudentag, denn er hat uns gebracht, wonach wir uns lange gesehnt: die Eröffnung der Eisenbahn. Die kleine, nicht ganz eine Stunde lange Bahnstrecke ist nun hergestellt und wird nach Ausführung einiger Vollendungsarbeiten in wenigen Tagen der allgemeinen Benützung übergeben werden. Begreiflich war die Theilnahme nicht gering, mit der Alt und Jung an dem neuen Bahnhof der Ankunft des festlich geschmückten Eröffnungszuges entgegen sah, der von Karlsruhe und Offenburg verehrte Gäste, darunter den Präsidenten des großh. Handelsministeriums, Hrn. Staatsrath Mathy, herbeiführte. In geordneten Reihen waren die Vereine und Korporationen, Feuerwehr, Schützenverein, Turnverein, Gesang- und Arbeiterbildungsverein etc., mit Musik und Fahnen aufgestellt, die Hölzer trachten, wie es sich gehört an einem bedeutungsvollen Festtage. Das solenne Maß, das die erschienenen Ehrengäste und einen großen Theil der Bürgerschaft in den Räumen des Rathgebäudes vereinigte, war von der schönsten Stimmung befeelt.

Freiburg, 30. Okt. (Frhr. Btg.) Der Hr. Erzbischof hat auf die Adresse hiesiger Bürger und Einwohner vom 18. d. mit einem Hirtenschreiben geantwortet, welches gestern von den Kanzeln der Metropolitankirche, der St. Martinsparochie, sowie der Pfarrkirchen zu Bißlere und Herbern verlesen wurde. Einige Exemplare desselben wurden mit einem Begleitschreiben des Hrn. Erzbischofs Hrn. Gemeinderath Ceramin, dem Sprecher der Deputation, welche die Adresse überbracht hatte, zugefandt.

Konstanz, im Okt. (Sch. M.) Bei seiner diesjährigen Anwesenheit auf dem Auenberg hat Kaiser Napoleon unsern wackeren Mitbürger Mechanikus Klein auf das freundlichste empfangen und demselben vor 14 Tagen die große goldene Medaille mit einem eigenhändigen Schreiben übermacht, worin er demselben seine Anerkennung für die Bereitwilligkeit ausdrückt, mit welcher solcher im Jahr 1835 die erste gezogene Kanone nach seiner Zeichnung verfertigt habe.

### Bernischte Nachrichten.

Freiburg, 29. Okt. Heute Nacht fiel auf den Höhen des Schwarzwaldes der erste Schnee.

München, 28. Okt. (A. Btg.) Von den beim neulichen Krauall verletzten Personen ist heute im allgemeinen Krankenhaus der Schmiebl Blaumier seiner Verletzung erlegen und gestorben. Derselbe hatte am Kopf einen harten Sabelhieb erhalten, welcher als die alleinige Ursache des eingetretenen Todes bezeichnet wird.

Köln, 30. Okt. (Köln. Btg.) Das Metropolitan-Kapitel war heute Vormittags im Kapitelsaal des Domes zu einer Berathung wegen der Erzbischofswahl versammelt.

Wien, 27. Okt. (Fr. 3.) Gestern Nachmittag hat der Wagen, in welchem der Kaiser die Burg verließ, um sich nach Schönbrunn zu begeben, in der Nähe des Burgtores ein etwa zehnjähriges Mädchen gestreift. Als der Unfall geschehen war, ließ der Kaiser den Kutscher halten, stieg aus dem Wagen, und trug auf seinen Händen das Kind in einen auf dem Plage haltenden Wagen; der den Kaiser begleitende Adjutant aber erhielt Befehl, das Kind nach Hause zu geleiten.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

30. Okt.	Barometer	Thermometer	Wind	Himmel	Witterung
Morgens 7 Uhr	6,00	+ 11,0	S.W.	stark bew.	trüb, regnerisch
Mittags 2 „	6,03	+ 11,0	„	„	„ Regen
Nachts 9 „	6,30	+ 7,0	„	„	„ regnerisch

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 2. Nov. 4. Quartal. 120. Abonnementsvorstellung. **Clavigo**; Trauerspiel in 5 Akten, von Götthe.  
Freitag 3. Nov. 1. Abonnementskonzert des **großherzogl. Sinfonieorchesters im großen Museumsaal**; dem Gesamtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

### Theater in Baden.

Mittwoch 1. Nov. **Prinzessin Montpensier**; Schauspiel in 5 Akten, von Brachvogel.

